

TOP 3.7.4 Veranstaltung zur AK-Studie über den Vergleich von Eurozone, USA, UK zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009

1. Zum Inhalt der Studie

Eine neue, vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) in unserem Auftrag erstellte Studie analysiert, wie die Eurozone, Großbritannien und die USA ihre Volkswirtschaften durch die Finanzkrise ab dem Jahr 2008 steuerten. Ziel der Untersuchung war es festzustellen, wer von ihnen am besten auf die Krise reagierte. Die Studie wurde im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung am 16. November 2016 vorgestellt.

Studienautor Philipp Heimberger stellte bei der Vorstellung der neuen Untersuchung fest, dass bereits bei einem Vergleich der Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenrate deutlich zu sehen ist, dass sich die USA besser von der Krise erholt hat als die Eurozone. Während sich die drei Volkswirtschaften bis 2010 noch ähnlich schnell von der Krise erholten, fiel die Eurozone 2011 erneut in die Rezession und erholte sich in Folge nur langsam, während sich die Wirtschaft in den USA und UK nachhaltig erholte. Das spiegelt sich auch bei der Arbeitslosigkeit wider: Während sie in den USA und UK seit Jahren sinkt, stieg die Zahl der Erwerbslosen ab 2011 steil an und liegt auch noch 2016 mit rund 10% doppelt so hoch wie in den USA und UK.

Heimberger sieht die Gründe für die schleppende Entwicklung in der Eurozone in Fehlern der Geld- und Fiskalpolitik: So hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen im Jahr 2011 zwischenzeitlich sogar erhöht, statt sie wie die Fed und die BoE unverändert beizubehalten. Während die Fed bereits Ende 2008 ein Quantitative Easing (QE)-Programm forcierte, zögerte die EZB lange Zeit. Erst Anfang 2015 startete sie mit QE-Maßnahmen. Zudem nahm die EZB lange Zeit ihre Rolle als Lender of Last Resort nicht wahr und sorgte dadurch für Verunsicherung und Spekulationen auf den Staatsanleihenmärkten. Erst im Juli 2012 kündigte Draghi an, alles dafür zu tun, um den Euro zu retten. Das Zinsniveau für Staatsanleihen sank nach der Ankündigung schlagartig.

Für den Studienautor ist die Austeritätspolitik, verursacht durch eine Verschärfung des EU-Fiskalregelwerks, ein wesentlicher Grund für die Prolongierung der Krise in der Eurozone. Zudem wurde gerade durch die Politik des Sparens das Ziel der Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte deutlich verfehlt. Heimberger appelliert abschließend, die Volkswirtschaften der Eurozone über öffentliche Investitionen wieder auf Wachstumskurs zu bringen.

2. Reaktionen und Kommentare der PodiumsteilnehmerInnen

Im Rahmen der Diskussion stimmte der Vertreter der Europäischen Kommission, Marc Fährndrich, überraschenderweise mit dem Studienautor überein, dass ein früheres Quantitative Easing besser gewesen wäre. Es sei aber auch zu berücksichtigen, dass die EU anders strukturiert sei als die USA. Strukturreformen seien nötig, der 5. Präsidentenbericht soll dabei helfen. Mehr Investitionen seien aber sinnvoll und nötig, beispielsweise Deutschland müsse tätig werden. Fährndrich meinte zudem, dass auf EU-Ebene bereits eine Reihe von Maßnahmen für mehr Wachstum gesetzt wurde.

Helene Schubert von der Österreichischen Nationalbank sieht Konstruktionsfehler in der Wirtschafts- und Währungsunion. So sei Europa mit dem Finanzsektor ganz anders umgegangen als die USA. Die Vereinigten Staaten haben beispielsweise von den Unternehmen für die sie Staatshilfen gegeben haben Vorzugsaktien erhalten, die sie später gewinnbringend verkaufen konnten. In der Europäischen Union gab es so etwas nicht. Schubert wies darauf hin, dass die ökonomischen Konzepte zur Lösung der Probleme grundsätzlich vorhanden seien. Insbesondere hinsichtlich der Leistungsbilanzen übte sie Kritik: Es gäbe Länder mit sehr hohen Leistungsbilanzüberschüssen wie Deutschland und die Niederlande. Diese Staaten müssten nun Investitionen tätigen. Hinsichtlich Trumps Wahl sieht sie ein globales Phänomen. Es gebe eine Entwicklung weg vom Neoliberalismus, hin zu einem Neonationalismus was sehr bedenklich sei.

Der Journalist und Buchautor Robert Misik brachte die Situation aus EU-Sicht auf den Punkt: Wenn die Einkommen der Leute sinken, schrumpfe auch die Nachfrage – seit 30 Jahren funktioniert laut Misik die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht mehr. Nach 1,5 Jahren vernünftiger Reaktion auf die Krise, habe die EU-Ebene plötzlich auf eine hirnlose Austeritätspolitik umgeschwenkt und dadurch die Krise noch vertieft. Es helfe nicht, mit Fiskalregeln ständig jegliche Investitionen zu blockieren. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für Misik nun wichtiger, als die Defizitbekämpfung.

3. Forderungen der AK

Miriam Rehm von der AK Wien forderte im Rahmen der Podiumsdiskussion für mehr öffentliche Investitionen zu sorgen. Die goldene Investitionsregel soll dabei zur Anwendung kommen. Hinsichtlich der Vermögensungleichheit forderte Miriam Rehm die EU-Kommission auf, Nägel mit Köpfen zu machen und Gesetzesinitiativen zur Einführung einer Vermögenssteuer sowie eines EU-weiten Vermögensregisters zu starten. Kritik äußerte sie hingegen an der bisherigen EU-Politik wie den Verschärfungen bei den EU-Fiskalregeln, sowie der Aushöhlung der Kollektivverträge im Rahmen der Troika, die die Probleme nur verschärft hätten.

4. Berichte der Medien

Neben der APA und der Tiroler Tageszeitung berichteten vor allem DER STANDARD und Die Presse über die Studie und die Veranstaltung. Im Standard war die Studie der Aufmacher im „GELDSTANDARD“ vom 17. November 2016 (in der Online-Version derStandard.at wurde der gleiche Bericht am 22. November nochmals veröffentlicht). Am gleichen Tag veröffentlichte die Presse ebenfalls einen Bericht über die wissenschaftliche Arbeit, in der im Internet verfügbaren Version der Presse wurde zudem in einem weiteren Artikel auf die Studie Bezug genommen. Während die oben genannten Artikel den Inhalt der Studie sachlich zusammenfassten, äußerte Josef Urschitz von der Presse in seiner Kolumne vom 25. November 2016 breite Kritik an der Untersuchung von Heimberger. Darin äußerte er, dass investieren auf Pump keine Lösung seien, zuerst müsse man die Budgetausgaben in Ordnung bringen. Studienautor Heimberger reagierte auf die Kritik von Urschitz mit einem Leserbrief in dem er klarstellte, dass gerade die Austeritätspolitik zu steigenden Schuldenquoten bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit geführt habe. Er verweist außerdem auf die Ungleichgewichte bei den Leistungsbilanzen. Insbesondere Deutschland muss demnach Maßnahmen gegen die hohen Leistungsbilanzüberschüsse ergreifen und mehr Investitionen tätigen.